

**Antrag 98/II/2024****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesgruppe (Konsens)****Erhalt der Finanzierung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA)**

1 Die Landesgruppe der SPD Berlin muss sich nachdrücklich  
2 dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Melde- und In-  
3 formationsstelle Antiziganismus (MIA) über das Jahr 2024  
4 hinaus fortgeführt und auf das erforderliche Niveau an-  
5 gehoben wird. Dabei müssen sie sicherstellen, dass nicht  
6 drastisch gekürzt werden. Die geplanten 25.000 Euro ste-  
7 hen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Finanzie-  
8 rungsbedarf (1.249.000 Euro) und gefährden die Fortfüh-  
9 rung der Arbeit von MIA, die erst kürzlich begonnen hat  
10 und bereits signifikante Ergebnisse erzielt hat. Die Kür-  
11 zungen machen es unmöglich, das 10-köpfige Team sowie  
12 die sechs regionalen Meldestellen aufrechtzuerhalten.

13

**14 Begründung**

15 Mit der Etablierung der Melde- und Informationsstelle An-  
16 tiziganismus (MIA) wurde erstmals ein bundesweites Mo-  
17 nitoring zur systematischen Erfassung, Dokumentation  
18 und Auswertung antiziganistischer Vorfälle eingerichtet.  
19 Diese Arbeit basiert auf dem Beschluss des Kabinettsaus-  
20 schusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und  
21 Rassismus, dem „Strategischen EU-Rahmen zur Gleich-  
22 stellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2030“ sowie der  
23 Empfehlung der Unabhängigen Kommission Antiziganis-  
24 mus (UKA). Seit September 2023 agiert MIA als eigenstän-  
25 diger Verein (MIA e. V.), nachdem sie zuvor als Projekt des  
26 Zentralrats Deutscher Sinti und Roma begonnen hatte.

27

28 MIA ist einzigartig in Deutschland und Europa und leistet  
29 Pionierarbeit in der Bekämpfung von Antiziganismus. Mit  
30 der systematischen Auswertung und Veröffentlichung  
31 der Monitoring-Ergebnisse in jährlichen Berichten liefert  
32 MIA erstmals umfassende Daten zu den Erscheinungsfor-  
33 men, dem Ausmaß und den Trends von Antiziganismus  
34 in Deutschland. Diese solide Datengrundlage ist von un-  
35 schätzbarem Wert für die effektive Bekämpfung von An-  
36 tiziganismus. Der zweite Jahresbericht, der im Juni 2024  
37 veröffentlicht wurde, zeigte eine alarmierende Verdopp-  
38 lung der gemeldeten antiziganistischen Vorfälle auf 1.233  
39 Fälle. Es ist zu erwarten, dass diese Zahlen weiter steigen  
40 werden, da gesellschaftliche „Brandmauern“ schwinden,  
41 rechtsextreme Parteien an Zulauf gewinnen und rassisti-  
42 sche Äußerungen zunehmend salonfähig werden. Vor die-  
43 sem Hintergrund wird die Arbeit von MIA noch wichtiger  
44 und dringlicher.

45

46 Der Kampf gegen Antiziganismus muss von uns genau-  
47 so ernst genommen werden wie der Kampf gegen Anti-  
48 semitismus. Deutschland steht hier in einer besonderen

49 historischen Verantwortung. Die jahrhundertelange Ver-  
50 folgung von Sinti und Roma, die im Holocaust mit über  
51 500.000 ermordeten Angehörigen dieser Minderheit gip-  
52 felte, stellt eine Verpflichtung dar, die weit über symboli-  
53 sche Anerkennung hinausgeht. Diese Verantwortung be-  
54 inhaltet auch die finanzielle Sicherstellung der Institutio-  
55 nen, die aktiv gegen Antiziganismus arbeiten und die-  
56 sen dokumentieren. Angesichts der zunehmenden rechts-  
57 extremen Tendenzen und der besorgniserregenden Wahl-  
58 ergebnisse in Bundesländern wie Sachsen und Thüringen  
59 ist es unerlässlich, dass der Staat ein klares Zeichen setzt  
60 und die Arbeit von MIA fortführt.

61

62 Es ist nicht akzeptabel, dass die wichtige Arbeit von MIA  
63 an fehlenden Mitteln scheitert. Der Deutsche Bundes-  
64 tag muss sicherstellen, dass die Finanzierung der MIA im  
65 Jahr 2025 und darüber hinaus gewährleistet wird. MIA do-  
66 kumentiert den alltäglichen Antiziganismus in Deutsch-  
67 land, bietet Betroffenen Unterstützung und stellt Politik  
68 und Gesellschaft wichtige Handlungsfelder und Lösungs-  
69 ansätze zur Verfügung. Eine adäquate und langfristige  
70 Finanzierung ist daher unerlässlich, um sicherzustellen,  
71 dass die Bekämpfung von Antiziganismus nicht nur in Re-  
72 den und EntschlieÙungen stattfindet, sondern auch in der  
73 Praxis effektiv umgesetzt wird.